

Dr. Günter Briese für EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND

NACHTFLUGVERBOT

[E-Mail](#)

Chausseestr.81

15711 Königs Wusterhausen, 22.06.2021

korrigierte Version

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie Gesundheit

(BMJV / BMG), Bundesministerin

Frau RA ass.iur.Mag.Christine Lambrecht

über poststelle@bmjv.bund.de <<mailto:poststelle@bmjv.bund.de>> zugesandt

Gesetze und Verordnungen zur Corona-Pandemie-Bekämpfung und gegen eine
Delegitimierung des Staates

Sehr geehrte Frau Bundesministerin !

* Da Ihr Ministerium in erster Linie ein Gesetzgebungsministerium ist und die Problematik dieses Schreibens voll in Ihre Zuständigkeit fällt, ob bürgerliches , Wirtschafts-, Straf-, Prozess- oder Verfassungsrecht, und die formulierungsrelevanten Anforderungen auf Transparenz, Verständlichkeit und Bestimmtheit einschl. Begründetheit dazu auch noch nachweislich betrifft, haben wir uns entschlossen, Ihnen unsere Ausarbeitung vom 22.06.2021 zu aktuellen Gesetzes-Problemen nebst öffentlicher Aufnahme (Anl. 1) zu übersenden, welche primär die Corona-Pandemie betrifft.

* Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Qualität der Gesetze, Verordnungen und Handlungsweisen sehr kritikwürdig ist, da sie vielfältige Rechtsverstöße implizit enthalten , über welche zu wachen ja Ihre Aufgabe ist, und sogar die Gewaltenteilung unbeachtet blieb.

* Letzteres klar bezüglich der Hinwegsetzung der Exekutive über die Legislative für zu lange Zeit, aber selbst die Judikative erscheint als von der Exekutive dominiert aufgrund des Auftürens von Verfahren als Folge mangelhafter Arbeit bei der Rechtsetzung.

* Wir übersenden Ihnen unsere aktuelle Ausarbeitung, trotzdem wir von Ihnen noch niemals eine Antwort erhielten , um auch dies den Parlamentariern zu verdeutlichen, zumal es sich ja um sehr bedeutsame Themen und Vorgänge handelt und wir uns ja mit einigen Vorschlägen dazu, wie Ihnen bekannt ist, an die Europäische Union wenden mussten, um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Dr.G.Briese

Anlage:

Ausarbeitung vom 22.06.2021 ,

Cancel culture, Fake News, Pressefreiheit und BMI-Erlass zur

"verfassungsrelevanten Delegitimierung des Staates" im Blickwinkel des Corona- und BER-Geschehens und in Vbdg. mit der Aussage des Ostbeauftragten der Bundesregierung zur "diktaturstaatlichen Sozialisierung der Bürger der neuen Bundesländer" als Grund für die Wahl der AfD und der Demos bei den Querdenkern

1. Das Verständnis zum "Ticken" der Bürger der neuen Bundesländer ist noch immer sehr mangelhaft - selbst beim Ostbeauftragten Wanderwitz! Dass der Abfall Deutschlands im Ranking zur Pressefreiheit auf Platz 13 nicht durch Angriffe auf Reporter bedingt ist, sondern auch durch die Ignorierung von Bürgeranliegen, auch durch cancel culture, habe ich bereits in meinem Offenen Brief zum Tag der Pressefreiheit 2021 vom 06.05.2021 /18/ verdeutlicht, welcher breit an Presse, Rundfunk und Fernsehen ging.

2. Gegen das Canceln sprach sich u.a. MADS-Autorin Nina Hoffmann aus /1/ - es ist aber unerfreulicherweise recht verbreitet, was wir auch aus eigenem Erleben beurteilen können.

3. Da das Canceln oft auch aus barem Unverständnis erfolgt, nachstehend ein u.E. relevanter Hinweis i.Vbdg. mit dem Verständnis der Ostdeutschen des Ostbeauftragten der Bundesregierung. Gregor Gysi hat einen anderen Blickwinkel auf deren Seele als der Ostbeauftragte und meinte, man hätte neuen autoritären Tendenzen durch Sicht unter anderen Vorzeichen, als geschehen, vorbeugen können, aber man habe ja nur die Stasi gesehen, nicht mal die noch mächtigere SED, und man habe nichts vom Guten in der DDR übernommen, nicht mal die Gleichberechtigung der Frau. "So entstand der Eindruck, dass sie nichts geleistet hätten, was der Anerkennung Wert gewesen wäre. Dann auch noch zu sagen, das, was in der DDR war, war alles verbrecherisch, macht die Einseitigkeit aus und hat zu einer Abwehrhaltung gegenüber dem Westen und der Demokratie beigetragen /2/ - nur beigetragen, ist also nicht alleinige Ursache !

4. Im Beitrag "In der Pandemie bekommen Extremisten Auftrieb. Laut Verfassungsschutzbericht haben Rechtsradikale die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen erfolgreich "gekapert" /3/ sprach Bundes-Innenminister Seehofer aus: "Wir müssen nicht nur von einer besonderen Gesundheitslage, sondern auch von einer besonderen Sicherheitslage reden. Rechtsextremismus und Antisemitismus seien dabei weiterhin die größte Bedrohung für die öffentliche Sicherheit. ... Rechtsextremisten hätten ... über ... Proteste gegen Corona-Massnahmen Anschluss an das bürgerliche Spektrum " erreicht. Es sei ihnen gelungen, den Protesten ihren Stempel aufzudrücken, "obwohl sie ... in der Minderheit waren " - auch weil die Mehrheit sich nicht ausreichend von Extremisten abgegrenzt habe.

Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang gab bekannt, man rechne der Szene mehr als 30.000 Personen zu, etwa 40 % davon würden als gewaltbereit eingestuft. Einen so hohen Anteil Gewaltorientierter gebe es in keiner anderen extremistischen Szene.

5. Deshalb also wurden die Querdenker unter staatliche Beobachtung gestellt! In unserer Niederschrift vom 23.05.2021 /5/ haben wir dieses Vorhaben näher betrachtet und dabei die entsprechende BMI-Anweisung unter die Lupe genommen.

Dabei stellten wir fest, dass der BMI-Erlass sachlich unhaltbar ist:

* weil dadurch entgegen GG auch Unschuldige unter Beobachtung gestellt werden können,

* weil dies die Unbestimmtheit der Festlegungen zulässt, sodass selbst keine Eignung zur Anwendung bestünde, wenn der BMI-Erlass nicht wegen fehlender Rechtsetzungsbefugnis bei solch schwerwiegendem Eingriff in Grundrechte ex tunc ipso iure nichtig wäre.

Die Nichtigkeit trifft überwiegend auch für die Ministerpräsidenten-Konferenz-Beschlüsse vor der IfSG-Novellierung zu, da Beschlüsse keine Gesetze sind und die Ermächtigungsbefugnis der Bundesregierung nur für die ersten Monate galt, nicht aber länger als ein Jahr, wie geschehen.

6. Aufgrund dieser vielen Grundrechtsverstöße, selbst noch nach Novellierung des IfSG, lagen schon bald bei den Verwaltungsgerichten Hunderte von Klagen vor /6/ !

7. In Nordrhein-Westfalen haben sich bereits 25.000 Corona-Verfahren (!) angesammelt, meist zum Subventionsbetrug /7/ - es waren ja nicht die Finanzämter zuständig, sondern Ministerien!

8. Aufgrund der vielen Grundrechtsverstöße von Ministerpräsidenten-Konferenz-Beschlüssen, IfSG-Novellierung und BMI-Beobachtungs-Erlass haben wir uns - trotz "diktatur-staatlicher Sozialisierung" und allseits getragener Corona-Maßnahmen-Kritik - bereits zur Problematik mit einigen Schreiben vertrauensvoll an das BfV gewandt, nicht nur, weil der BMI-Erlass ohnehin i.S. der Rechtsprechung fachlich wie rechtlich ein "zahnloser Tiger" ist. Wir haben uns ferner mit Schreiben vom 31.03.2021 /9/ an Bundestags-Präsident Dr. Wolfgang Schäuble gewandt und Vorschläge zur Bewältigung der Corona-Pandemie gem. Niederschrift vom 30.03.2021 /10/ beigelegt - wir sind schließlich alle überzeugte Demokraten und EU-Bürger !

9. Und zudem wurden wir bezüglich unserer Einschätzung der Sachlage von Frau Prof. Dr. Anika Klafki, Uni Jena, unterstützt, welche ausführte, es sei "bedauerlich, dass die einhellige rechtswissenschaftliche Kritik an den weiträumigen Ermächtigungsnormen des Paragraph 5 IfSG nicht ernst genommen wird" /11/. Das BVerfG habe in seinem 2.NC-Urteil klargestellt, dass die Ziele der Verteilungsentscheidung und mögliche Kriterien gesetzlich bestimmt werden müssen. Es bedarf daher einer tragfähigen Rechtsgrundlage für die von der STIKO, ... erarbeitete Priorisierungs-Regelung... " - nur ein Beispiel !

Eine solche würde durch "klare Bestimmung von Zielen und zulässigen Verteilungskriterien den verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz wahren und dem Parlament einen hinreichenden Einflussraum sichern" - dies mit Bezug auf die Entscheidungen BVerfG 115, 25 ff. und BVerfGE 147, 253. Dies, weil die Vorschrift "eine Blankett-Ermächtigung sei, welche die notwendige Grundrechtsabwägung vermissen" lasse. "Von einem Beschluss der Regelung in seiner derzeitigen Fassung wird abgeraten ." Nun wissen wir also, warum es so viele Verfahren vor Gerichten gibt - nicht nur Bürgermeinungen, auch die Rechtswissenschaft wurde ignoriert !

10. Und auch der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages kam zu keinem anderen Ergebnis /12/ !

11. Wir hatten uns schon am 28.07.2020 mit "Betrachtungen zur Verletzung von Bürgerrechten i.Vbdg. mit Corona-Pandemie und BER-Projekt, zu letzterem bezogen auf Enteignungen" zu Wort gemeldet und dabei zu erforderlichen Massstäben in drei Tabellen zum BER-Projekt, der Offenhaltung von Tegel TXL und zur Altanschlusser- Beitrags-Rückzahlung i.Vbdg. mit der verbotenen BER-Co-Finanzierung geäußert und eine Behandlung in Presse, Funk und Fernsehen angemahnt - das Schreiben hierzu vom 15.05.2021 /13/ ging an Frau Maybrit Illner, ZDF.

12. Ferner haben wir die Problematik von Rechtsverletzungen, auf unsere

vorgen. Untersuchungen /13/ aufbauend , in unserer Niederschrift vom 16.04.2021, "Deutsche Bundesrepublik und EU-Rechtsstaats-Mechanismus : Mietendeckel Berlin, Corona-Pandemie-Bekämpfung, FBB-Insolvenz , BER-Betriebsgenehmigung , PFB-Schallschutz, Altanschiesser-Beiträge und Schönefelder Nachtflug-Verbot - was haben diese Problemkomplexe gemeinsam ?" dargestellt und hatten uns zu dieser Problematik dazu mit Schreiben vom 14.04.2021 auch an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel /14/ gewandt.

13. Dem vorgen. Schreiben /14/ wurde u.a. auch die Niederschrift vom 13.03.2021 zu MAWV-Gesetzes-Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht zu unserem und der Umwelt Schaden beigefügt /15/ und diese Niederschrift in der Bundesregierung und den Parlamenten der BER-Eigner verteilt.

14. Was aber hat sich bis jetzt zur Behebung der vielen angeführten Gesetzesverletzungen getan?

N i c h t s .

Nicht einmal Antwort bekamen wir dazu! Wenn das kein ausreichender Beleg für cancel culture ist, was ist dann ein solcher !?

15. Wegen der Angriffe auf Schauspieler aufgrund ihrer Protest-Aktion #allesdichtmachen zur Diskussions-Anmahnung hatten wir uns mit einer Niederschrift vom 24.04.2021 /16/ mit der Corona-Politik befasst und hierzu viele medizinische und grundgesetzliche Verstöße aufgelistet, allein 10 Verstöße gegen das Grundgesetz. Dies auch aus solidarischen Gründen, weil sich unsere Gruppierungen im Rahmen unseres Einsatzes für EU-Rechts-Beachtung beim BER-Projekt auch noch kurz vor Erteilung der Betriebsgenehmigung kritisch gemeldet hatten und dafür bundestagsintern als "Flughafen-Verrückte" bezeichnet wurden. Diese Post gelangte durch ein Versehen zu unseren regionalen Bürgerinitiativen und endete mit einer Entschuldigung des Beleidigers - aber zuvor wollte man uns noch bei einem Besuch fälschlich suggerieren, wir würden ernst genommen ! Der Besuch wurde natürlich abgewiesen wegen erwiesener Täuschungs-Absicht !

16. Interessant ist die Jahresstatistik des Bundesverfassungsgerichtes 2020 /17/ , wonach 240 Beschwerden gegen Corona-Massnahmen eingingen, davon 170 mit Eilantrag versehen und 72 kamen als reine Eilanträge an - aber nur 3 mal entschied das BVerfG ! Dabei i.S. der Anerkennung zu einem Moschee-Verein, einer Versammlung in Giessen und pro den Querdenkern!

17. Und danach kam dann der BMI-Erlass /4/ zur bundesweiten Querdenker-Beobachtung welchen wir in unserer Niederschrift vom 23.05.2021 /5/ "auseinandernahmen" und als fachlich viel zu unpräzise, viel zu weitumfassend deutbar und formal wegen nicht gegebener Rechtsetzungsbefugnis für ex tunc ipso iure nichtig erkannten.

Zur Pandemie- Bekämpfungs-Verfahrensweise wie zum Ergebnis der Beschlüsse und IfSG-Novellierung kann man leider nichts Gutes sagen - schon allein wegen der Folge von Tausenden Prozessen der Verwaltungsgerichte und der Strafjustiz - kein Wunder !
Das Verfahren war nicht demokratisch-rechtsstaatlich , weil

* die Bundesregierung die parlamentarische Handlungs-Ermächtigung weit über den gebotenen zeitlichen Spielraum hinaus wahrnahm und am Bundestag "vorbeiregierte",

* die Ministerpräsidenten-Konferenz-Beschlüsse dadurch meist rechtswidrig wurden, weil das GG ein Gesetz bei solch umfassenden Eingriffen in Freiheitsrechte fordert und weil

* die Einwände von Bürgerinitiativen, von Rechtsfachleuten /11/ und selbst des Arbeitsausschusses Gesundheit des Deutschen Bundestages /2/ ignoriert wurden, so dass das Arbeitsergebnis in jeder Hinsicht als unzureichend erachtet werden muss, auch was die Novellierung des IfSG betrifft.

18. Da auch Presse und Fernsehen zu lange nicht die Rechtsproblematik aufgegriffen, keine Zusendungen der Bürger hierzu veröffentlichten und bei der Berichterstattung zur Querdenker-Demo auf der Straße des 17. Juni

parallel zum Aufmarsch Rechtsextremer auf der Reichstagstreppe, organisiert von einem ganz anderen Veranstalter und staatlich trotz Kenntnis der geplanten Provokation genehmigt, fälschlicherweise den Querdenkern angelastet wurde, kann man dies begründet nur noch als Fake News charakterisieren - und solche Fehlberichterstattung hält sich lange , und selbst manche Politiker fallen darauf herein.

Ich aber hatte diese Fernsehsendung von Anfang bis Ende gesehen, und es wurde dem Veranstalter noch nicht ein einziges Mal die Möglichkeit geboten darzulegen, weshalb demonstriert wurde - es ging nur immer darum, was er und weshalb nicht tat, um das Mitdemonstrieren Rechtsextremer zu verhindern ! Auch eine Ärztin kritisierte das. Sollen sich die Teilnehmer der Demonstration, welche mit Kindern für ausstehende Zahlung von Beihilfen oder die Einhaltung des GG demonstrierten, mit Rechtsextremen "anlegen", während der Staat selbst die seinerseits als undemokratisch eingestufte NPD nicht verbot, weil sie wegen ihrer geringen Anhängerschaft "ungefährlich für den Staat " sei? Das ist doch nicht zu vertreten, wenn Kinder mit dabei sind!

So haben wir uns dann in unserem "Offenen Brief " vom 03.06.2021 /18/ mit unseren "Gedanken zum Tag der Pressefreiheit 2021" dazu aufgemacht, die dazu öffentlich gemachten Angaben sachdienlich zu ergänzen , denn cancel culture und Fake News passen zur Pressefreiheit so wenig i.S. des GG wie die sich verstärkende Unduldsamkeit gegen Andersdenkende! Die kritischen Schauspieler können davon ein Lied singen - die Anfeindungen gingen sogar so weit, die Entlassung von Jan Josef Liefers zu fordern!

Und wenn dann verfassungsbewusste Bürger die Einhaltung des Grundgesetzes allgemein oder Betroffene, welche entgegen Art.14 Abs.3 GG schon ein halbes oder gar ein Jahr lang ohne Einkommen sind und bei den Querdenkern mitdemonstrieren, weil keine der oppositionellen Altparteien den Mut hat, gegen GG-Verstöße zu Demos aufzurufen, dann auch noch als "Rechtsextreme " diffamiert und wegen angeblicher "verfassungsrelevanter Delegitimierung des Staates " beobachtet werden sollen, wenn irgendjemand die nichtige BMI-Anweisung so weit gefächert anwendet, wie dies wegen doppelsinniger Begriffe darin möglich ist /3/, dann verstößt dieser Grundrechtseingriff sogar gegen strafrechtliche Prinzipien, welche nur ein Bestrafen Schuldiger erlauben. Und dass "Rechtsextreme " diese Demos nur "geentert" haben und "in der Minderheit sind", ist doch öffentlich anerkannt!

Kein Wunder, dass Deutschland im Ranking der Länder zum Tag der Pressefreiheit auf Platz 13 zurückfiel !

Dr.G.Briese

Literaturhinweise :

/1/ Cancel culture :

Darf man das? Menschen von Debatten ausschließen...,
MAZ 14.06.2021, S.20,
Nina Hoffmann,
"Meckern statt canceln !"

/2/ Die Behörde für Stasi-Akten war nötig,

MAZ 16.06.2021, S.5,

Gregor Gysi

/3/ In der Pandemie bekommen Extremisten Auftrieb.

Laut Verfassungsschutzbericht haben Rechtsradikale die Proteste gegen Corona-Maßnahmen erfolgreich gekapert,
MAZ 16.06.2021, S.4

/4/ sueddeutsche.de-br ,

28.04.2021, 18:54.Uhr,

Verfassungsschutz . Querdenker bundesweit unter Beobachtung.
"Ignorieren behördlicher Maßnahmen werde propagiert.

Agenda geht weit über reine Mobilisierung von Protesten gegen staatliche Corona-Massnahmen hinaus.

Es gehe vielfach um das System:

Demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen würden in sicherheitsrelevanter Art und Weise delegitimiert und verächtlich gemacht.“

/5/ Niederschrift vom 23.05.2021,

Zur bundesweiten Beobachtung der Querdenker i.Vbdg. mit der Corona-Pandemie,
EICHWALDER BI

/6/

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/rheinland-hunderte-Corona-Verfahren-Verwaltungsgerichte-100.html>,

SWR AKTUELL, 23.05.2021, 05:29 Uhr,
Juristen fordern mehr Unterstützung vom Bund.
Corona-Verfahren beschäftigen die Verwaltungsgerichte in Rheinland-Pfalz

/7/

<https://www.n-tv.de/panorama/Behoerden-zaehlen-25-000-Corona-Verfahren-article22424885.html>

N-TV, 15. März 2021

Meisten Fälle in NRW : Behörden zählen 25.000 Corona-Verfahren

/8/

<http://www.drb.de/newsroom/presse-mediencenter/nachrichten-auf-einen-Blick/nachricht/news/strafjustiz-am-limit-1> ,

Deutscher Richterbund, 11.01.2021,

Strafjustiz am Limit.

/9/ Schreiben vom 31.03.2021 an

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble,
Vorschläge zur Bewältigung der Corona-Pandemie gemäß Grundgesetz,

EICHWALDER BI

/10/ Niederschrift vom 30.03.2021,

Zur Corona-Politik aus dem Blickwinkel des Grundgesetzes,
Bemerkungen zur Talkshow "Hart aber fair" am 29.03.2021,
EICHWALDER BI

/11/ 19_14_0246_9-_ESV-prof-Dr-Klafki-3-BevSchG-data.pdf ,

Stellungnahme als Einzel-Sachverständige zum Entwurf eines dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage nach nationaler Tragweite

(BT. Drs. 19/23944), Universität Jena,

Rechtswissenschaftliche Fakultät,

Honorarprofessor Öffentliches

Recht, Prof.Dr.Anika Klafki

/12/ Deutscher Bundestag,
Ausschuss für Gesundheit,
Ausschuss-Drucksache 19(14)246(22) zur öffentlichen Anhörung am
12.11.2020:
Drittes Bevölkerungs-Schutzgesetz , 17.12.2020 ,

Rechtswidrigkeit der bisherigen Corona-Maßnahmen nach Paragraph
32 i.V.m. Paragraph 28 IfSG

/13/ Niederschrift vom 16.04.2021,

Deutsche Bundesrepublik und EU-Rechtsstaatsmechanismus :

Mietendeckel Berlin, Corona-Pandemie-Bekämpfung,
FBB-Insolvenz, BER-Betriebsgenehmigung, PFB-Schallschutz,
Altanschiesser-Beiträge und Schönefelder Nachtflugverbot -
was haben diese Problemkomplexe gemeinsam ?
EICHWALDER BI

/14/ Schreiben vom 14.04.2021 an Frau

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

Bearbeitung des BER-SXF-TXL-MAWV-Komplexes im Bundeskanzleramt
aus dem Blickwinkel des Grundgesetzes wie z.Z. der
Corona-Pandemie-Bekämpfung

(mit Hinweis auf unsere großen Zusendungen an alle Legislativen
der BER-Eigner und Bitte um Bescheid),
EICHWALDER BI

/15/ Niederschrift vom 03.03.2021 ,

Wettbewerbsrechtsverstöße gegen das Zusammenwirken von MAWV,
DNWAB, BWB und FBB GmbH zum Schaden von Umwelt und MAWV-Haushaltskunden,

EICHWALDER BI

/16/ Niederschrift vom 24.04.2021,

Zu Ziel und Wirklichkeit des novellierten
Infektionsschutzgesetzes -
war die Kritik von 53 Schauspielern gegen aktuelle Praktiken
unbegründet
oder gar verwerflich , oder nahmen sie nur ihr Recht auf
Meinungsfreiheit gem. Art.5 GG wahr?

EICHWALDER BI

/17/

<https://www.taz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsgericht-legt-jahresstatistik-vor-17225801.html>,

FRANKFURTER ALLGEMEINE, 03.03.2021, 19:05 Uhr,
Grundrechte in Zahlen. Das Bundesverfassungsgericht hat seine
Jahresstatistik vorgelegt.

Nur in drei Fällen intervenierten die Richter im vergangenen Jahr
gegen die Corona-Maßnahmen.

Wie ist das zu erklären?

/18/ Offener Brief vom 03.05.2021,

Gedanken zum heutigen Tag der Pressefreiheit 2021.
Warum fiel Deutschland auf Platz 13 zurück ?

EICHWALDER BI

V e r t e i l e r :

- Bundesregierung, Bundeskanzleramt,
Frau Bundeskanzlerin Dr. rer. nat.
Dr. h. c. mult. Angela Merkel

- Deutscher Bundestag,
Herrn Bundestagspräsident RA Dr.jur.
Dr. h. c. mult. Wolfgang Schäuble

- Alle Fraktionen von
 - . Deutschem Bundestag,
 - . Abgeordnetenhaus Berlin,
 - . Landtag Brandenburg und
 - . EU-Parlament

Dieses Schreiben wurde rechentechnisch erstellt und ist auch ohne
Unterschrift gültig.